



1	Abteilungsübergreifendes	1
1.1	Entscheidungsfindung in der EU-Sozialpolitik	1
1.2	Koordinierung soziale Sicherheit (GESETZGEBUNG)	2
1.3	Forschungsförderung	2
1.4	Grundsicherungssysteme	3
2	Zukunft Europas	3
2.1	Europawahl	3
2.1.1	Deutschland	3
2.1.2	Spitzenkandidatenduell	4
2.1.3	Wahlprognose	4
2.1.4	EVP Spitzenkandidat	4
2.1.5	Industrie bezieht Haltung	4
2.2	Struktur der neuen Kommission	5
3	Arbeit	5
3.1	Europäische Arbeitsbehörde (GESETZGEBUNG)	5
3.2	Transparente Arbeitsbedingungen (GESETZGEBUNG)	6
3.3	Whistleblower (GESETZGEBUNG)	6
3.4	Grenzüberschreitende Umwandlungen (GESETZGEBUNG)	7
3.5	Arbeitszeit (EuGH)	7
3.6	Erwerbstätigenquote	7
3.7	EGB Wahlforderungen	8
3.8	Zukunft der Arbeit	8
4	Gesundheit	8
4.1	Ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel (GESETZGEBUNG)	8
4.2	Informeller Gesundheitsministerrat	9
4.3	Impfungen	9
4.4	Seltene Erkrankungen	9
4.5	Transfette	10
4.6	Gesundheitsforschung	10
5	Lexikon – Bundesratsdatenbank für EU-Dossiers	10
6	Veranstaltungshinweise	10
7	Links	11

1 Abteilungsübergreifendes

1.1 Entscheidungsfindung in der EU-Sozialpolitik

Die Europäische Kommission hat wie angekündigt am 16. April 2019 – gegen Widerstände im Vorfeld - eine Debatte über eine effizientere Entscheidungsfindung in der EU-Sozialpolitik eröffnet. Zwar wird in den meisten Bereichen der Sozialpolitik, in denen die EU Handlungsbefugnisse hat, bereits mit qualifizierter Mehrheit entschieden, aber für die Bereiche Nichtdiskriminierung; soziale Sicherheit und Sozialschutz von Arbeitnehmern (außer in grenzüberschreitenden Fällen); Schutz der Arbeitnehmer vor Kündigungen; Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen und Beschäftigungsbedingungen von Drittstaatsangehörigen gelten Einstimmigkeit sowie Gesetzgebungsverfahren, bei denen das Europäische Parlament nicht gleichberechtigt mit dem Rat als Mitentscheidungsorgan fungiert. Um die Entscheidungsfindung zügiger, flexibler und effizienter zu gestalten, will die Kommission eine Auseinandersetzung über eine verstärkte Nutzung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in der Sozialpolitik anregen.



Bereits jetzt erlauben sog. Überleitungsklauseln in den EU-Verträgen für spezifische Bereiche unter bestimmten Umständen den Übergang von der Einstimmigkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit.

Die Kommission schlägt in einem ersten Schritt vor, die Anwendung der Überleitungsklausel zur Erleichterung der Beschlussfassung in Fragen der Nichtdiskriminierung zu erwägen. Später könnte die Überleitungsklausel genutzt werden, um Empfehlungen im Bereich der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes von Arbeitnehmern anzunehmen.

Um die Überleitungsklausel nach Artikel 48 Absatz 7 des Vertrags über die EU zu aktivieren, müssen hohe Hürden überwunden werden: der Europäische Rat muss die Aktivierung einstimmig, ohne Einwände der nationalen Parlamente und mit Zustimmung des Europäischen Parlaments beschließen.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=9351&furtherNews=yes>

<https://www.cdusu.eu/artikel/sozialpolitik-mehrheitsprinzip-entmuendigt-eu-staaten>

1.2 Koordinierung soziale Sicherheit (GESETZGEBUNG)

Das Europäische Parlament (EP) hat am 18. April 2019 mit einer hauchdünnen Mehrheit beschlossen, die erste Lesung der Revision der Rechtsvorschriften für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit nicht abzuschließen, sondern es dem nächsten Parlament zu überlassen, daran zu arbeiten (291:284:6). Das Votum überraschte das Plenum und enttäuschte den S&D Berichterstatter bitter. Die v.a. aus der konservativen und liberalen Fraktion stammenden MdEP, aber auch seitens der Sozialdemokraten aus Deutschland und den Niederlanden, die der Meinung waren, dass mehr Zeit erforderlich sei, um die Regeln für mobile Arbeitnehmer zu aktualisieren, setzten sich knapp durch. Somit ist der Trilog-Kompromiss trotz aller Bemühungen hinter den Kulissen weder vom Rat noch dem EP bestätigt worden. Die Verordnung ist das einzige Verfahren, bei dem in dieser Legislatur keine Einigung gelungen ist.

Zu Beginn des neuen Mandats muss der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten per Abstimmung klären, ob er die Position des Vorgängerparlaments bestätigt.

Der Europäische Gewerkschaftsbund zeigte sich enttäuscht von dem Votum.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190415IPR41286/next-parliament-to-decide-on-social-benefits-for-eu-mobile-workers>

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2018-0386_DE.html

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/node/121541>

<https://www.etuc.org/en/pressrelease/etuc-deeply-regrets-european-parliaments-decision-not-vote-revision-regulations>

1.3 Forschungsförderung

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 17. April 2019 den mit dem Rat gefundenen Kompromiss zum EU-Forschungsprogramm Horizont bestätigt. Ein wichtiger Aspekt ist, dass die Forschung im Bereich Gesundheit sich auch auf neue Her-



ausforderungen und Probleme konzentrieren wird, wie verschiedene Krebsarten, Vorsorgemedizin und Herz-Kreislauf-Beschwerden sowie neurodegenerative Probleme. Außerdem will das EP, dass die sozialen Auswirkungen als Kriterium für die Förderung von Forschungstätigkeiten berücksichtigt werden.

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/newsroom/horizont-europa-sd-fraktion-staerkt-kriterien-fuer-wissenschaftliche-exzellenz-und-soziale>

1.4 Grundsicherungssysteme

Der DGB unterstützt nachdrücklich die Einführung einer EU-Gesetzgebung, die die Mitgliedstaaten gesetzlich verpflichtet, ihre Grundsicherungssysteme so zu gestalten, dass diese ein menschenwürdiges Leben garantieren. In allen EU-Staaten gebe es zwar eine große Bandbreite an Grundsicherungselementen, aber nicht überall gewährleisten sie die Verhinderung von Armut und ein menschenwürdiges Lebensminimum.

Der DGB hat am 17. April 2019 die Ergebnisse eines Gutachtens veröffentlicht, das zu dem Ergebnis kommt, dass die Europäischen Verträge eine Handlungskompetenz einräumen, um europäische Mindeststandards bei der Grundsicherung festzulegen. Es geht dem DGB explizit nicht um eine Vereinheitlichung der Sozialsysteme, sondern darum, Mindeststandards in Anlehnung an die Einkommensverhältnisse vor Ort zu schaffen. Die Ausgestaltung der Systeme müsse in der Hand der Mitgliedstaaten bleiben.

Das Gutachten hat auch ergeben, dass Deutschland im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich abschneidet. Der DGB setzt insbesondere auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft als Gelegenheit angemessene Mindeststandards für die Grundsicherung zu initiieren.

<https://www.dgb.de/themen/++co++bf617a3e-611b-11e9-8ad5-52540088cada>

2 Zukunft Europas

2.1 Europawahl

2.1.1 Deutschland

In Deutschland stellen sich 41 Parteien und politische Vereinigungen zur Wahl zum Europäischen Parlament. 39 von ihnen sind in allen Bundesländern vertreten. Für die 96 deutschen Sitze gibt es insgesamt 1.380 Bewerber. Der Anteil der Frauen liegt allerdings bei nur knapp 35%. 18 Parteien waren bei der vorangegangenen Wahl bereits dabei, 22 weitere treten dieses Mal erstmals an.

<https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019.html>

<https://www.wahlen.rlp.de/de/ew/>

<https://www.swr.de/swraktuell/wahl/wahl-rp/europawahl-rp/europawahl-in-rheinland-pfalz,europawahl-rp-2019-102.html>



2.1.2 Spitzenkandidatenduell

Der Verband europäischer öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten veranstaltet am 15. Mai 2019 um 21 Uhr eine Debatte zwischen 6 Spitzenkandidaten für die Europawahl, die über Youtube u.a. Kanäle live verfolgt werden kann.

<https://www.ebu.ch/eurovision-debate>

2.1.3 Wahlprognose

Das Europäische Parlament (EP) hat am 18. April 2019 zum letzten Mal vor der Europawahl am 26. Mai eine Vorhersage zur Zusammensetzung des EP in der nächsten Wahlperiode auf Basis aktueller Umfragedaten veröffentlicht (s. Link). Alle neuen politischen Parteien und Bewegungen, die ihre Absichten noch nicht erklärt haben, werden als "andere" eingestuft.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190228IPR29246/neue-sitzberechnung-fur-das-nachste-europaische-parlament-eu28>

2.1.4 EVP Spitzenkandidat

Der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei zur Europawahl, der CSU-Politiker Manfred Weber, hat am 23. April 2019 „zwölf Zusagen für die Zukunft Europas“ präsentiert, darunter insbesondere auch sozialpolitische. Er verspricht u.a. einen Europäischen Masterplan zur Krebsbekämpfung, einen Anstoß zur Weiterentwicklung des intelligenten Wohnens (smart homes) für ältere Menschen, 5 Mio. neue Arbeitsplätze für Jugendliche, einen digitalen Übergangsfonds für Fabrikarbeiter, Wohnungsbaudarlehen der Europäischen Investitionsbank für junge Familien und ein weltweites Verbot von Kinderarbeit. Weiterhin will er einen neuen Mechanismus zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit schaffen und über 1.000 veraltete Vorschriften abschaffen.

<https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2019/MeineZusagenZukunftEuropas.pdf>

2.1.5 Industrie bezieht Haltung

Der Europäische Runde Tisch der Industrie (ERT) hat sich selbstkritisch mit seinem mangelnden Engagement für Bürgerinteressen auseinandergesetzt und sieht bei sich eine Mitschuld für wachsenden Populismus. Der ERT ist daher erstmals sechs Selbstverpflichtungen eingegangen, um seine gesellschaftliche Rolle besser auszufüllen.

Die Industrie verpflichtet sich u.a., Werte für die Gesellschaft zu schaffen. Die ERT-Mitglieder wollen eine langjährige Kampagne zur Förderung von Inklusion und Vielfalt in Unternehmen in ganz Europa starten. Der ERT wird seine Interaktionen mit der Gesellschaft verstärken und neue Best-Practice-Richtlinien entwickeln. Weiterhin wollen die ERT-Mitgliedsunternehmen die Anzahl der qualitativ hochwertigen Bildungspartnerschaften deutlich erhöhen und sowohl die derzeitigen als auch die künf-



tigen Arbeitskräfte mit den erforderlichen Fähigkeiten in den Bereichen Digitalisierung, Automatisierung und künstliche Qualifizierung ausbilden.

Die anderen Verpflichtungen betreffen Investitionen, die Beschleunigung der digitalen Transformation, die Unterstützung des Handels sowie die Umsetzung der Energiewende und Bekämpfung des Klimawandels.

<https://www.ert.eu/document/strengthening-europes-place-world>

<https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/opinion/big-business-is-ready-to-provide-the-leadership-europe-needs/>

2.2 Struktur der neuen Kommission

Eine kommissionsinterne Arbeitsgruppe Europa+, in der auch Vertreter wirtschaftlicher Interessengruppen mitwirken, hat einen Vorschlag für eine neue Organisationsarchitektur für die Europäischen Kommission entwickelt. Nach Vorstellung der Gruppe sollte es sechs strategische Cluster (außenpolitische Maßnahmen; Sicherheit und Verteidigung; Finanzen; Digitales, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit; Klima sowie Zusammenhalt und Bürger) geben. Die jetzige Generaldirektion Beschäftigung soll in eine GD Inklusion & Integration umgewandelt werden und soll für soziale Angelegenheiten, legale Migration und Integration von Migranten zuständig sein.

Nichtzuletzt schlägt die Gruppe die Einrichtung neuer europäischer Agenturen vor. Um die Gesamtzahl der Agenturen nicht zu erhöhen, sollten dafür bestehende fusioniert werden.

<http://bit.ly/2XFCiLN>

3 Arbeit

3.1 Europäische Arbeitsbehörde (GESETZGEBUNG)

Das Europäische Parlament hat am 16. April 2019 seine 1. Lesung zur Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde abgeschlossen. Die Behörde soll bereits 2019 ihre Arbeit aufnehmen und bis 2024 voll operationsfähig sein. Sie soll für einen fairen Wettbewerb unter den Unternehmen und verbesserten Schutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen und die Einhaltung der Arbeits- und Sozialgesetze kontrollieren. Sie wird die Zusammenarbeit zwischen den national zuständigen Stellen erleichtern und freiwillige gemeinsame grenzüberschreitende Arbeitskontrollen ermöglichen. Die EU-Mitgliedstaaten werden jeweils zwei Verbindungsbeamte für die Behörde abstellen. Insgesamt sollen 144 Beamte für die Behörde arbeiten.

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0380_DE.html

<https://www.spd-europa.de/abgeordnete-pressemitteilungen/mehr-gerechtigkeit-auf-dem-europaeischen-arbeitsmarkt-3994>



3.2 Transparente Arbeitsbedingungen (GESETZGEBUNG)

Das Europäische Parlament hat am 16. April 2019 seine 1. Lesung zur Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der EU abgeschlossen. Durch die neue Richtlinie werden die Informations- u.a. Rechte von über 200 Mio. Beschäftigte gestärkt, insbesondere für die am stärksten Gefährdeten mit atypischen Verträgen und Jobs. Nach Umsetzung der Richtlinie müssen die Arbeitgeber z.B. früher als bisher bei Neueinstellungen über die wesentlichen Arbeitsvertrags-elemente informieren. Sie müssen auch nach 6 Monaten eine schriftliche Begründung liefern, wenn sie einen Zeitvertrag nicht entfristen. Und sie müssen die Kosten für gesetzlich vorgeschriebene Fortbildungen übernehmen.

Nun fehlt noch die formelle Zustimmung des Rates, mit der bei der nächsten Tagung am 13./14. Juni 2019 gerechnet werden kann. Die Mitgliedstaaten haben dann drei Jahre Zeit, um ihre nationalen Rechtsvorschriften mit der Richtlinie in Einklang zu bringen.

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0379_DE.html

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20190404STO35070/gig-economy-eu-regeln-fur-bessere-arbeitnehmerrechte>

<https://www.spd-europa.de/abgeordnete-pressemitteilungen/mehr-rechte-fuer-europaeische-arbeitnehmerinnen-und-arbeitnehmer-3993>

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/newsroom/ein-schritt-vorwaerts-zum-schutz-von-gefaehrdeten-arbeitern-parlament-unterstuetzt-endlich>

3.3 Whistleblower (GESETZGEBUNG)

Das Europäische Parlament hat am 16. April 2019 seine erste Lesung zur Richtlinie zum Schutz von Hinweisgebern abgeschlossen (591:29:33). Künftig werden diejenigen, die im öffentlichen Interesse Verstöße gegen EU-Recht melden, besser geschützt. Der Schutz erstreckt sich auf Beschäftigte im privaten und öffentlichen Sektor aber auch Selbständige, Praktikanten, Bewerber oder ehemalige Angestellte. Vergeltungsmaßnahmen gegen Whistleblower, wie Degradierung oder Kündigung, werden explizit unter Strafe gestellt. Personen, die Hinweisgeber unterstützen, genießen ebenfalls Schutz. Geschützt wird, wer Verletzungen von bestimmten, klar definierten EU-Gesetzen meldet, inklusive Fälle von Steuerbetrug, Geldwäsche oder Verstöße gegen Datenschutz- oder Umweltschutzbestimmungen. EU-Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, den Schutz auf weitere Bereiche auszuweiten. Der Rat muss der Richtlinie noch formell zustimmen. Dann haben die EU-Staaten zwei Jahre Zeit, um die Regeln in nationale Gesetze umzusetzen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190410IPR37529/whistleblower-neue-vorschriften-fur-eu-weiten-schutz-von-informanten>

<https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/europaweiter-schutz-fuer-whistleblower-3988>

<https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/newsroom/europaparlament-beschliesst-erste-eu-weite-regeln-zum-schutz-von-hinweisgebern>



3.4 Grenzüberschreitende Umwandlungen (GESETZGEBUNG)

Das Europäische Parlament hat am 18. April 2019 seine erste Lesung zur Revision der Richtlinie im Hinblick auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen abgeschlossen. Die revidierte Richtlinie sieht Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten vor. So wird das Recht auf einen detaillierten Bericht eingeführt, der den Beschäftigten zur Begründung der Umwandlung vorgelegt werden muss. Die Beschäftigten müssen in alle Verfahrensschritte eingebunden und vor allen Entscheidungen rechtzeitig informiert und angehört werden. Des Weiteren wird dem Mitgliedstaat, aus dem ein Unternehmen wegzieht, das Recht eingeräumt, die genauen Umstände zu überprüfen. Werden durch den Wegzug nationale Gesetze wie Arbeitnehmerrechte, Steuerrechte oder Sozialabgaben missbräuchlich umgangen, können die nationalen Behörden einschreiten.

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0429_DE.html
<https://www.spd-europa.de/abgeordnete-pressemitteilungen/regellose-firmensitzverlagerung-hat-ein-ende-4005>

3.5 Arbeitszeit (EuGH)

Der Gerichtshof der EU hat am 11. April 2019 sein Urteil in einem französischen Vorabentscheidungsersuchen zur Auslegung der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (2003/88/EG) gefällt. Er entschied, dass eine nationale Regelung für die Berechnung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit Bezugszeiträume mit Beginn und Ende an festen Kalendertagen vorsehen kann. Die Regelung müsse jedoch Mechanismen enthalten, die gewährleisten, dass die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden während jedes auf zwei aufeinanderfolgende feste Bezugszeiträume verteilten Sechsmonatszeitraums eingehalten wird.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-04/cp190050de.pdf>
<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-254/18>

3.6 Erwerbstätigenquote

Das Statistische Amt der EU hat am 25. April 2019 aktuelle Daten zu Erwerbstätigenquote in der EU veröffentlicht. Sie erreichte 2018 bei der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren mit 73,2% einen Spitzenwert. 2017 hatte sie 72,2% betragen. Sie stieg zwar in allen Mitgliedstaaten an. Aber das in der Strategie Europa-2020 festgelegte Ziel von mindestens 75% ist trotz des Aufwärtstrends noch nicht erreicht. Auch die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen ist in der EU in den letzten Jahren stetig angestiegen, von 38,4% im Jahr 2002 auf 58,7% im Jahr 2018. 13 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, haben ihre Europa 2020-Beschäftigungsziele bereits erreicht. Die niedrigste Erwerbstätigenquote wurde in Griechenland (59,5%) registriert, gefolgt von Italien (63,0%), Kroatien (65,2%) und Spanien (67,0%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9747520/3-25042019-AP-DE.pdf/9d522481-c827-4c65-9f50-33aa56cddc06>



3.7 EGB Wahlforderungen

Der EGB fordert - angesichts der jährlich fast 200.000 tödlichen Arbeitsunfälle und Krankheiten – für die neue Legislatur, dass die EU sich das Ziel setzt, keine neuen arbeitsplatzbedingten Krebsfälle zuzulassen und verbindliche Grenzwerte für die Exposition am Arbeitsplatz für insgesamt mindestens 50 krebserregende Stoffe festzulegen (bisher gibt es Grenzwerte für 24). Eine weitere Forderung betrifft die Einführung einer Richtlinie zu Stress am Arbeitsplatz, in der die Arbeitgeber verpflichtet werden, Initiativen zur Ermittlung und Vermeidung von Stress und Verfahren zur Bewältigung von Stress zu ergreifen. Der EGB will auch eine Richtlinie zur Bekämpfung von Rücken-, Knie- und Fingergelenkschmerzen bei der Arbeit. Nichtzuletzt regt er eine Debatte über die Verhütung von Todesfällen auf der Straße und von Selbstmord am Arbeitsplatz an, um darauf basierend neue Maßnahmen zu konzipieren. Der 28. April ist Gedenktag der Gewerkschaften für die Menschen, die in Folge von Unfällen und Erkrankungen bei der Arbeit starben.

<https://www.etuc.org/en/pressrelease/work-earn-living-not-cause-death>
<https://www.basi.de/workers-memorial-day-2019-der-toten-gedenken-fuer-die-lebenden-kaempfen/>

3.8 Zukunft der Arbeit

Die OECD hat eine Kampagne "Ich bin die Zukunft der Arbeit" gestartet. Sie lädt ein, Vorstellungen zur Zukunft der Arbeit und zu Lösungen in den Bereichen Fertigkeiten und Lernen, Sozialschutz, Arbeitsqualität und Digitalisierung zu übermitteln.

<https://futureofwork.oecd.org/have-your-say>

4 Gesundheit

4.1 Ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel (GESETZGEBUNG)

Das Europäische Parlament hat am 17. April 2019 seine legislative EntschlieÙung zur revidierten Verordnung über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel gefasst. Durch die Änderung soll der Zugang zu Medikamenten preiswerter und die europäische Industrie wettbewerbsfähiger werden. Die neuen Regeln betreffen in der EU ansässige Produzenten von Generika und Biosimilaren, welche durch ergänzende Schutzzertifikate geschützt sind.

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0401_DE.html
<https://www.spd-europa.de/abgeordnete-pressemitteilungen/schnellerer-zugang-zu-bezahlbaren-medikamenten-3997>
<https://www.socialistsanddemocrats.eu/de/newsroom/europaparlament-beschliesst-regeln-um-medikamente-billiger-zu-machen-und-die>



4.2 Informeller Gesundheitsministerrat

Themen des informellen Treffens der Gesundheitsminister am 14. und 15. April 2019, an dem auch mehr als 140 weitere Delegierte teilnahmen, waren der Zugang zu innovativen Medikamenten, insbesondere für Patienten mit seltenen Erkrankungen oder unter 18 Jahren und Patientenmobilität. In den Diskussionen ging es z.B. um die Verkürzung der Zeiten zwischen der Genehmigung und dem (tatsächlichen) Inverkehrbringen von Arzneimitteln und der Entscheidung über die Erstattung sowie um die Verringerung des Verwaltungsaufwands für mobile Patienten.

<https://www.romania2019.eu/2019/04/12/informal-meeting-of-health-ministers/>
<https://www.consilium.europa.eu/media/39207/informal-mtg-health-190414-15-ro-pres.pdf>

4.3 Impfungen

Die Europäische Kommission hat am 26. April 2019 eine Erklärung anlässlich der Europäischen Impfwoche abgegeben und die Ergebnisse einer erstmalig durchgeführten Umfrage zu den Einstellungen in der EU zum Impfen veröffentlicht. In den letzten beiden Jahrhunderten sei konsequent bewiesen worden, dass Impfstoffe wirken. Trotzdem musste die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2019 warnen, dass sie Falschinformationen über Impfungen zu den zehn größten Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit rechnet.

Die aktuelle Umfrage über die Impfeinstellung ergab jedoch, dass immerhin 85% der Menschen in der EU Impfungen für ein wirksames Mittel halten, um ansteckende Krankheiten zu vermeiden und sich selbst und andere zu schützen. Sie zeigte auch, dass rund die Hälfte der EU-Bürgerinnen und -Bürger in den letzten fünf Jahren geimpft wurde und dass sich eine große Mehrheit (79%) bei Impfungen vertrauensvoll an Gesundheitsfachkräfte wendet.

Beunruhigend ist hingegen, dass 48% der Befragten fälschlicherweise glauben, dass Impfungen häufig schwere Nebenwirkungen haben können, und 38% denken, dass Impfungen die Krankheit auslösen können, gegen die sie schützen sollen.

Kommission und WHO werden gemeinsam am 12. September 2019 einen Globalen Impfgipfels in Brüssel ausrichten.

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-19-2254_de.htm

4.4 Seltene Erkrankungen

Die Interessenvertretung für Menschen mit seltenen Krankheiten EURORDIS hat die Federführung bei einer Studie über die langfristige Zukunft von Menschen mit einer seltenen Erkrankung. Während des 2019 gestarteten Projekts Rare 2030 werden Empfehlungen für die Prioritäten der Politik für die nächsten 10 Jahre entwickelt. Am 2. Mai 2019 um 12 Uhr findet ein Webinar zu dem Projekt statt.

<https://www.eurordis.org/de/news/eurordis-leitet-neue-prospektive-studie-zur-ermittlung-der-zukunftigen-bedürfnisse-der-gemeinschaft-von-patienten-mit-seltenen-erkrankungen>



4.5 Transfette

Die Europäische Kommission hat am 24. April 2019 eine Obergrenze für die Verwendung von industriell hergestellten Transfetten in Lebensmitteln beschlossen, die am 2. April 2021 in Kraft tritt. Eine Reihe von wissenschaftlichen Studien hatten betont, dass die Aufnahme von Transfettsäuren so gering wie möglich gehalten werden sollte, um Gesundheitsrisiken zu vermeiden. Die neue Obergrenze beträgt 2 Gramm Transfette pro 100 Gramm Fett in für den Endverbraucher bestimmten Lebensmitteln. Die EU-Staaten hatten einen entsprechenden Vorschlag der Kommission zuvor unterstützt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190424-obergrenze-fuer-transfette-lebensmitteln-beschlossen_de

4.6 Gesundheitsforschung

Das seit 2015 bestehende Wissenschaftliche Gremium für Gesundheit der Europäischen Kommission (SPH), in dem 27 Wissenschaftler mitarbeiten, arbeitet langfristig an einer umfassenden Strategie, der Ermittlung von Engpässen bei Innovationen und sucht Lösungen im Bereich der Gesundheits- und biomedizinischen Forschung.

Auf Grundlage von Rückmeldungen von Interessengruppen wird das nächste – allen Interessierten offenstehende - Forum am 6. Mai 2019 in Brüssel sich mit dem Thema „Gute Gesundheit für alle ermöglichen - die Rolle der Gesundheitsforschung“ befassen.

<https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/h2020-section/scientific-panel-health-sph>
<http://ec.europa.eu/research/index.cfm?pg=events&eventcode=A6B791EF-FF55-F489-4DE3496A4540532F>

5 Lexikon – Bundesratsdatenbank für EU-Dossiers

Seit 2006 verfügt der Bundesrat über eine Datenbank, die unkompliziert einen schnellen und umfassenden Überblick über den aktuellen Beratungsstand von EU-Vorhaben bietet. Man kann zum einen zielgerichtet Abonnements einrichten, um sich nach individuell festgelegten Kriterien über neu eingehende Dokumente im Zusammenhang mit interessierenden Vorhaben oder Themen per Mail informieren zu lassen. Das System ermöglicht aber auch die Suche nach Dokumenten und Vorhaben. Über die Schaltfläche Anmelden, erhält man Zugang zum System.

<http://eudisys.bund.testa-de.net/EUDISYS/login.do>

6 Veranstaltungshinweise

Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt stellt innovative patientenzentrierte Strategien zur Optimierung der Demenzpflege und der Patientenautonomie am 22. Mai 2019 in seiner Landesvertretung Brüssel vor.



Die Initiative Innovative Arzneimittel veranstaltet am 12. Juni 2019 in Brüssel ein Stakeholder Forum zum Thema „Gesundheit und Krankheit des Gehirns im digitalen Zeitalter“ (Brain health and disease in the digital era - 2020 & beyond). Die Teilnahme ist kostenlos.

https://www.imi.europa.eu/sites/default/files/IMIStakeholderForum2019_17.pdf
<https://www.imi.europa.eu/news-events/events/imi-stakeholder-forum-2019>

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut organisiert am 3. und 4. Dezember 2019 eine Konferenz zur Zukunft von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz in Europa.

https://www.etui.org/Events/Conference-The-future-of-health-and-safety-in-Europe/?utm_source=Hesamail_April2019

7 Links

Bundeszentrale für politische Bildung: Die Bürger der EU (Werte, Errungenschaften, Vertrauen)

http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70644/die-buerger-der-europaeischen-union?pk_campaign=nl2019-04-24&pk_kwd=70644

Statistisches Amt der EU: Viertes Quartal 2018 gegenüber dem dritten Quartal 2018 - Rückgang des öffentlichen Schuldenstands im Euroraum auf 85,1% des BIP/Rückgang auf 80,0% des BIP in der EU28

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9737346/2-24042019-AP-DE.pdf/d6ec5242-5643-4d05-b707-dec20cec89d5>

Statistisches Amt der EU: Viertes Quartal 2018 - Saisonbereinigtes öffentliches Defizit im Euroraum auf 1,0% des BIP gestiegen/Anstieg in der EU28 auf 0,9% des BIP

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9737361/2-24042019-BP-DE.pdf/9803e99f-326c-4b92-90bf-1100de289a6e>

Österreichischer Gewerkschaftsbund: Europa muss Brexit als Warnruf sehen

https://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342609992533/home/europa-muss-brexit-als-warnruf-sehen

Datenschutz ist Sozialschutz – weltweit sammeln Regierungen und Unternehmen private Daten von Empfängern sozialer Unterstützung – sie brauchen Schutz In: International Politics and Society vom 19. April 2019 (en)

<https://www.ips-journal.eu/regions/global/article/show/data-protection-is-social-protection-3408/>

Reframing the European welfare state In. Social Europe Blog vom 25. April 2019 (en)

<https://www.socialeurope.eu/european-welfare-state>

Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Forschung Wien: Newsletter März/April 2019 (Entsendung von Drittstaatsangehörigen im Bausektor, Gewährleistung der Rechte der entsandten Arbeitnehmer, Präventionsmaßnahmen gegen Drogenmissbrauch bei Jugendlichen in Strafjustizsystemen, Sozialarbeit und Polizeiarbeit)



beit, wie kann man Langzeitpflegearbeitsplätze attraktiver machen, Fallstudien zur Umsetzung der Entsenderichtlinie in Osteuropa, Bewältigung der Herausforderungen der Pflegekräfte, Menschen mit Behinderungen, Messung von Zugang, Qualität und Nachhaltigkeit der Langzeitpflege, Gesundes Altern, Gesundheitsstrategien) (en)

<https://www.euro.centre.org/newsletter/detail/11>

Europa soll mehr sein als ein Markt - Die EU leidet unter einem Mangel an Demokratie. Das hat verschiedene Gründe. Einer davon ist der nach aktueller Rechtslage kaum zu überwindende Vorrang der Wirtschaftsfreiheit gegenüber sozialen Anliegen In: Böckler Impuls 07/2019

https://www.boeckler.de/119763_119771.htm

Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA): Jahresbericht 2018 und Prioritäten 2019 (en)

<https://eiopa.europa.eu/Pages/News/EIOPA-reports-about-its-2018-supervisory-activities-and-sets-out-the-2019-priorities.aspx>

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Handbuch zur Entgiftung von Arbeitsplätzen (en)

https://www.etui.org/Topics/Health-Safety-working-conditions/News-list/A-guide-on-detoxifying-workplaces/?utm_source=Hesamail_April2019

Statistisches Amt der EU: Wie sicher sind wir am Arbeitsplatz? (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/EDN-20190426-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2F>

Europa - Mehr Jobs, aber schlechtere - Die EU hat sich bis heute nicht von der Finanzkrise erholt. Zwar haben viele, die damals ihre Arbeit verloren, wieder einen Job gefunden – doch oft einen schlechteren als früher In: Böckler Impuls 07/2019

https://www.boeckler.de/119763_119769.htm

Bundesrechtsanwaltskammer: Lohngleichheit von Frauen und Männern - Stellungnahme

<https://www.brak.de/zur-rechtspolitik/newsletter/nachrichten-aus-bruessel/2019/ausgabe-8-2019-v-18042019/lohngleichheit-von-frauen-und-maennern-stellungnahme-der-brak/>

Deutschlands neue Fachkräfte: Bosnische Arbeitnehmer wandern aus In: Euractiv vom 11. April 2019

<https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/ein-neues-gesetz-soll-fachkraefte-nach-deutschland-holen-bosnien-sieht-das-mit-sorge>

Deutsche Arbeitnehmer sind besonders unzufrieden In: Euractiv vom 12. April 2019

<https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/deutsche-arbeitnehmer-sind-besonders-unzufrieden>

<https://www.randstad.de/ueber-randstad/news/20190415/immer-mehr-deutsche-sind-mit-ihrer-arbeit-nicht-mehr-zufrieden>



OECD: Beschäftigungsausblick 2019 zur Zukunft der Arbeit (Auswirkungen der Megatrends Globalisierung, Digitalisierung und Bevölkerungsalterung auf die Arbeitsmärkte, Trends zu Zahl und Qualität von Arbeitsplätzen sowie ihren Beitrag zu inklusivem Wachstum, Folgen für Aus- und Weiterbildung, soziale Sicherung und sozialen Dialog) (en)

<http://www.oecd.org/berlin/publikationen/employment-outlook-2019.htm>

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-zu-digitalisierung-staaten-sollen-benachteiligte-foerdern-a-1264242.html>

OECD: Regierungen müssen handeln um der sich abstrampelnden Mittelklasse zu helfen (en)

<http://www.oecd.org/social/governments-must-act-to-help-struggling-middle-class.htm>

ILO Arbeitsstandards in Gefahr? In: Social Europe Blog vom 25. April 2019 (en)

<https://www.socialeurope.eu/ilo-labour-standards-up-for-sale>

World Employment Confederation: Wirtschaftsbericht 2019 (en)

https://www.wecglobal.org/index.php?id=110&tx_ttnews%5Btt_news%5D=857&tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=b4dec363528a8e61a1813bbd3ad8fd23

Europäisches Parlament: Entschließung zu einem umfassenden Rahmen der EU für endokrine Disruptoren vom 18. April 2019

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0441_DE.html

Europäisches Parlament: Der Nutzen von EU-Maßnahmen in der Gesundheitspolitik - Die bisherige Bilanz (en)

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/631729/EPRS_STU\(2019\)631729_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/631729/EPRS_STU(2019)631729_EN.pdf)

Europäisches Parlament: Die Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien fördern (en)

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/614772/EPRS_BRI\(2018\)614772_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/614772/EPRS_BRI(2018)614772_EN.pdf)

Europäische Kommission: Sozialpolitik in der Luxemburg, Portugal und der Türkei (en)

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=9343&langId=en>

Wiener Lösungen für die Wohnungskrise In: Euractiv vom 26. April 2019

https://www.euractiv.de/section/all/news/wiener-loesungen-fuer-die-wohnungskrise/?_ga=2.250051649.659231121.1556271531-680240981.1538743035

Umsetzungsfrist für Einführung des Track-and-Trace-Systems der Tabakprodukte-Richtlinie wird nicht eingehalten In: Euractiv vom 12. April 2019 (en)

<https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/eu-track-and-trace-system-risks-missing-the-deadline/>